


829/AB
vom 27.05.2025 zu 793/J (XXVIII. GP)
bmi.gv.at

 **Bundesministerium**
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.255.462

Wien, am 26. Mai 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Gernot Darmann, hat am 27. März 2025 unter der Nr. **793/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Falschangaben beim Familiennachzug“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4 und 9:

- *Wann kam der beschriebene Migrant afghanischer Herkunft nach Österreich?*
- *Über welche Route?*
- *Wann beantragte er Asyl?*
- *Wann wurde ihm der Status als subsidiär Schutzberechtigter gewährt?*
 - a. *Mit welcher Begründung?*
- *Wurde der afghanische Migrant mittlerweile abgeschoben?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*

Auf Grund des verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechtes auf Datenschutz (§ 1 Datenschutzgesetz) bzw. auf Grund der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit (Art. 20 Abs. 3 B-VG) muss von einer Beantwortung dieser Frage Abstand genommen werden.

Zu den Fragen 5,6, 7 und 8:

- Wann stellte er einen Antrag auf Familiennachzug?
- Welche Dokumente musste er hierfür vorlegen?
 - a. Wer prüfte diese Dokumente?
 - b. Mit welchem Ergebnis wurden diese Dokumente geprüft?
- Wie konnte es geschehen, dass der Antrag gewährt wurde, obwohl der Afghane offensichtlich nicht die dafür notwendigen Kriterien erfüllte?
- Wurde die Familie des Afghanen per Familiennachzug nach Österreich geholt?
 - a. Wenn ja, wann?
 - b. Wenn ja, mit welcher Begründung?
 - c. Wenn ja, welche Kosten entstanden der Republik hierdurch?
 - d. Wenn ja, wurde die Frau in Österreich zum dritten Mal schwanger?
 - e. Wenn nein, ist bekannt, wie es zu einer dritten Schwangerschaft kommen konnte, wenn der Afghane seit 14 Jahren in Österreich ist, selbst nicht nach Afghanistan reisen darf und seine Frau nicht in Österreich aufhältig war?
 - f. Wenn ja, wurde die Familie mittlerweile wieder abgeschoben, da der Nachzug offensichtlich auf Falschaussagen basierte?
 - i. Wenn nein, warum nicht?

Bei dem Betroffenen handelt es sich um keine Person, die einen Antrag auf Familiennachzug stellen kann. Gemäß § 35 Asylgesetz 2005 (AsylG 2005) können nur im Ausland befindliche Familienangehörige Anträge auf Erteilung von Einreisetiteln stellen.

Zur Frage 10:

- Wie viele Personen wurden seit 2020 per Familiennachzug nach Österreich geholt? (Bitte um Aufschlüsselung per Jahr und Nationalität)?

Im Zeitraum von 2020 bis Februar 2025 wurden in Österreich insgesamt 24.734 Asylanträge infolge einer Einreisegestattung nach § 35 AsylG 2005 gestellt.

Staatsangehörigkeit	2020	2021	2022	2023	2024	2025 (Jan. - Feb.)	Gesamt
Afghanistan	298	595	434	358	233	17	1.935
Ägypten				7	2		9
Äthiopien	6	7	1	2	5	5	26
Bangladesch	2	5	2	4	4		17
Burundi					3		3
Volksrepublik China	4	7	33	17	22		83
Cote d'Ivoire		4			1		5

Dschibuti						1	1
Eritrea	17	25	2	5	22		71
Gambia	2	3		1	2		8
Guinea	2	2	2				6
Indien			1				1
Irak	22	51	41	36	12		162
Iran	23	65	35	79	40		242
Jemen	4	7	4	8	17	8	48
Jordanien		1	1	6	8		16
Kamerun	4	4		3			11
Kongo					7		7
Demokr. Rep. Kongo	6	6	1	1			14
Libanon	1	1	1	2	4		9
Libyen					1		1
Marokko			1	5			6
Nepal		2					2
Nigeria	1	1		3	4		9
Pakistan	6	12	21	17	10		66
Philippinen	4						4
Russische Föderation	5		5	7	2		19
Sierra Leone				2			2
Somalia	153	221	217	255	168	20	1.034
Sri Lanka		1	4				5
staatenlos	15	30	36	147	185	16	429
Sudan	1	3	1	2	7		14
Syrien	271	1.354	3.307	8.241	6.877	217	20.267
Tadschikistan		1		8			9
Tunesien	2						2
Türkei	15	77	27	38	16	8	181
Uganda	3	3	1				7
Usbekistan			3				3
Gesamt	867	2.488	4.181	9.254	7.652	292	24.734

Zu den Fragen 11, 12, 13 und 15:

- *Wie viele Fälschungen im Zusammenhang mit dem Familiennachzug sind seit 2020 bekannt?*
- *In wie vielen Fällen wurde jener Person, welche der Fälschung überführt wurde, der Schutzstatus aberkannt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr und Nationalität)*
- *Wie viele dieser festgestellten Fälschungen führten zu Rückführungen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr, Nationalität und Staat, in welchen rücküberführt wurde)*

- *Welche Kosten sind der Republik Österreich bisher durch den Familiennachzug nach Österreich entstanden? (Beginnend mit dem Jahr 2015, aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Jahr bis inklusive 2024)?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zur Frage 14:

- *Aus welchen Gründen wurde Personen nicht der Schutzstatus aberkannt bzw. diese nicht rücküberführt, wenn sie Falschaussagen beim Familiennachzug tätigten?*

Grundsätzlich darf angeführt werden, dass bei einer fremden Person, die über einen Schutzstatus nach dem 2. Hauptstück des AsylG 2005 verfügt und Anhaltspunkte für das Bestehen der Voraussetzungen für eine Aberkennung des Status des Asylberechtigten oder des Status des subsidiär Schutzberechtigten vorliegen, das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl grundsätzlich von Amts wegen prüft, ob die Einleitung eines Aberkennungsverfahrens geboten erscheint.

Das Gesetz sieht darüber hinaus Gründe vor, aufgrund derer jedenfalls ein Aberkennungsverfahren einzuleiten ist, wenn anzunehmen ist, dass die Aberkennung wahrscheinlich sein wird. Ein solcher Grund ist u.a. gegeben, wenn die asylberechtigte oder subsidiär schutzberechtigte Person straffällig geworden ist, wobei dies eine rechtskräftige Verurteilung voraussetzt.

Zu den Fragen 16 und 17:

- *Wie viele Straftaten wurden von Personen begangen, deren Familien per Familiennachzug nach Österreich geholt wurden? (Beginnend mit dem Jahr 2015, aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Jahr bis inklusive 2024)?*
- *Wie viele per Familiennachzug nach Österreich gebrachte Personen begingen selbst Straftaten?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Im Zuge polizeilicher Strafanzeigen ist ein, dem Aufenthalt eines Straftäters möglicherweise zugrunde liegender, „Familiennachzug“ von keiner Relevanz und daher nicht in den Anzeigen enthalten bzw. aus diesen auswertbar.

Zu den Fragen 18, 19 und 20:

- *Wie viele Fälle sind bekannt, in denen eine andere Person für einen Migranten eine Prüfung im Asylverfahren oder beim Antrag auf Familiennachzug ablegt?*

- *Wie sehen Identitätskontrollen bei diesen Prüfungen aus?*
- *Welche Nachschärfungen denken Sie an, um diesen Fälschungen zukünftig Herr zu werden?*

Bei Angelegenheiten, wie Identitäts- oder Dokumentenprüfungen, sofern diese in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Inneres fallen, werden jedenfalls konsequente Kontrollen durchgeführt.

Gerhard Karner

